

Vorgezogene Initiative

Antrag der Fraktion der AfD

Sicherung des Landeshaushaltes in der Corona-Krise

Drucksache 16/7987

Aussprache:

10 Min. je Fraktion. (Begründung: 5 Min. Aussprache: 5 Min. je Fraktion.)

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

noch befinden wir uns mitten in der Pandemie. Unser Ziel ist es, die Zahl der Opfer so gering wie möglich zu halten und zugleich einen sozialen und ökonomischen Zusammenbruch zu verhindern.

Die aktuellen Einschränkungen des öffentlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens versetzen uns in die Lage, die Pandemie in den Griff zu bekommen. Aber noch ist nichts gewonnen, noch gibt es täglich über hundert Neuinfektionen in Baden-Württemberg. Auch wenn sich die Zahl der Neuinfektionen in den letzten Wochen in Baden-Württemberg

glücklicherweise stabilisiert hat, haben wir noch eine weite Wegstrecke vor uns, bis die Gefahr einer exponentiellen Ausbreitung des Virus gebannt ist.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie sind tiefgreifend und werden uns noch lange beschäftigen, auch in der Haushaltspolitik.

Unternehmen, Selbstständige, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brauchen jetzt Unterstützung, um die Krise wirtschaftlich überstehen zu können. Es ist Aufgabe der Politik, den Folgewirkungen der Pandemie entschlossen entgegenzuwirken. Und genau das haben wir getan und tun wir auch weiterhin. Wir haben seit März entschlossen, beherzt und besonnen gehandelt.

Baden-Württemberg hat als eines der ersten Länder ein umfangreiches Soforthilfe-Programm gestartet und einen finanziellen Rettungsschirm mit bis zu 6,2 Milliarden Euro aufgespannt. Im Nachtragshaushalt hat der Landtag die Landesregierung ermächtigt, falls erforderlich Kredite bis zu einer Höhe von fünf Milliarden Euro aufzunehmen.

Mit Soforthilfen, Überbrückungskrediten und Bürgschaften sichern wir Liquidität, verhindern Insolvenzen und tun alles, dass Selbstständige, Unternehmen und Arbeitsplätze die Corona-Krise wirtschaftlich überstehen.

Die Landesregierung hat die Bewilligungen und Ausgaben für diese Maßnahmen zu jedem Zeitpunkt transparent kommuniziert. Die Finanzministerin Edith Sitzmann informiert die Mitglieder des Finanzausschusses wöchentlich über alle krisenbedingten Ausgaben der Ressorts.

Jetzt, in der Krise, zahlt sich die solide Haushaltspolitik der grün-geführten Regierung während der vergangenen beiden Legislaturperioden aus.

Baden-Württemberg ist in der Krise finanziell voll handlungsfähig, kann auf ein ordentliches Rücklagen-Polster zurückgreifen und zur Bekämpfung der Krise und ihrer Folgen in hohem Maße Kredite aufnehmen, ohne gegen die Schuldenbremse zu verstoßen.

Wir werden heute Nachmittag in zweiter Lesung über die Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung debattieren. Bereits an dieser Stelle kann man aber konstatieren: Die grundgesetzliche Schuldenbremse, wie wir sie zum 1. Januar 2020 in unsere Landeshaushaltsordnung übertragen haben, hat ihre erste große Bewährungsprobe erfolgreich bestanden. Wir sind als Haushaltsgesetzgeber handlungsfähig und zu großen finanziellen Kraftanstrengungen in der Lage.

Was aber tut die AfD?

- Als es am 19. März um die notwendige Kreditermächtigung für den Rettungsschirm ging, wollte Sie die Sondersitzung des Landtags mit allen Mitteln verhindern!
- Und heute beantragt sie eine weitgehende allgemeine Haushaltssperre, von der nur Stellenbesetzungen bei der Polizei und zur Pandemiebekämpfung ausgenommen sein sollen.

Politisch will die AfD also mitten in einer hochgefährlichen Pandemie, mitten in einem nie dagewesenen wirtschaftlichen Lockdown und am

Beginn einer der größten Rezessionen der Nachkriegszeit den Landeshaushalt einfrieren. Die Ausgaben des Landes sollen auf die gesetzlich oder vertraglich verpflichtenden Auszahlungen begrenzt werden.

Ich will einmal deutlich machen, was das bedeutet:

Die beantragte Haushaltssperre hätte zur Folge, dass keine Beschaffungen von Schutzkleidung, Beatmungsgeräten und medizinisch notwendigen Materialien zur Bekämpfung der Pandemie mehr möglich wären.

Die beantragte Haushaltssperre hätte zur Folge, dass keine weiteren Soforthilfen für Unternehmen und Selbstständige ausgezahlt werden, keine Hilfspakete für Kommunen und Familien, keine Unterstützung für Hochschulen und Universitätskliniken, keine Hilfen für den ÖPNV, für Gaststätten und den Tourismus.

Die Folgen für die Pandemiebekämpfung und für die Bürgerinnen und Bürger wären fatal.

Und ganz nebenbei würde das Land mitten in einer massiven Abwärtsbewegung der Wirtschaft eine verheerende wirtschaftspolitische Botschaft aussenden: Jetzt ist brutalste Sparpolitik angesagt.

Das wollen wir nicht, das wird es mit uns nicht geben, deshalb lehnen wir den AfD-Antrag ab.

Um es klar zu sagen: Selbstverständlich wird es notwendig sein, haushaltswirtschaftlich und haushaltspolitisch auf die einbrechenden Einnahmen zu reagieren. Selbstverständlich werden wir den beschlossenen Doppelhaushalt punktuell auf den Prüfstand stellen müssen. Das muss aber planmäßig und mit Bedacht geschehen. Und keinesfalls dürfen jetzt die notwendigen Soforthilfen und Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung gestoppt werden.

Um planmäßig handeln zu können, brauchen wir außerdem halbwegs verlässliche Zahlen. Natürlich ist es fast unmöglich, unter diesen

Krisenbedingungen halbwegs verlässliche Prognosen zu erstellen. Wir haben aber das Instrument der Mai-Steuerschätzung, wenigstens diese sollten wir abwarten, sie dürfte etwas mehr Klarheit bringen, als das die aktuellen Prognosen tun.

Die Koalition wird sich auf Basis der Mai-Steuerschätzung die Handlungsmöglichkeiten und Handlungsnotwendigkeiten genau anschauen und dann kraftvoll entscheiden, wie wir das in den vergangenen Jahren und insbesondere in den vergangenen Wochen getan haben.

Es gibt aber auch gute wirtschaftspolitische Gründe, jetzt nicht überstürzt und planlos in irgendwelche Sparorgien hineinzustolpern, wie das die AfD vorschlägt.

Gerade in einer massiven Rezession ist wirtschaftspolitisch das Gegenteil eines rigiden Sparprogramms angesagt. Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten intensive Debatten über Konjunktur- und Investitionsimpulse zu führen haben. Das ist aber eine Herausforderung,

die sich allen politischen Ebenen stellt, von den Ländern über den Bund bis hin zur Europäischen Union.

Wir Grünen haben dazu am Wochenende auf unserem digitalen Bundesparteitag kluge Vorschläge vorgelegt.

Ich will an dieser Stelle nicht auf einzelne Forderungen eingehen. Zwei Dinge möchte ich aber hier festhalten:

Erstens:

Das, was Bund und Länder derzeit an finanziellem Aufwand für Rettungsschirme und Soforthilfen betreiben, aber mehr noch die notwendigen Konjunkturprogramme belasten die öffentlichen Haushalte weit über den heutigen Tag hinaus. Deshalb ist es unabdingbar, dass diesen Belastungen auch echte Zukunftsinvestitionen gegenüberstehen, die unsere Wirtschaft zukunftsfähiger machen. Deshalb muss jedes Konjunkturprogramm, das wir heute finanzieren, die Wirtschaft nachhaltiger machen und aktiv zur Bewältigung der zentralen Menschheitsherausforderung der Klimakrise beitragen. Denn die Klimakrise macht keine Pause! Das zeigt nicht zuletzt die derzeitige Dürre in weiten Teilen Europas, die katastrophale Ausmaße anzunehmen droht.

Zweitens:

Der Weg aus der Krise muss europäischer sein als der Weg in die Krise. Europa hat bei der Bekämpfung der Pandemie lange Zeit keine gute Figur abgegeben. Aber wir haben gesehen, dass eine engere europäische Zusammenarbeit manches besser gemacht hätte. Aus diesen Fehlern sollten wir lernen. Europa wird auch die wirtschaftliche Rezession nur erfolgreich überwinden, wenn es zusammenhält. Deshalb brauchen wir europäische Strategien aus der Krise, sonst dauert der Weg aus der Krise länger und wird mühsamer als in anderen Weltregionen.